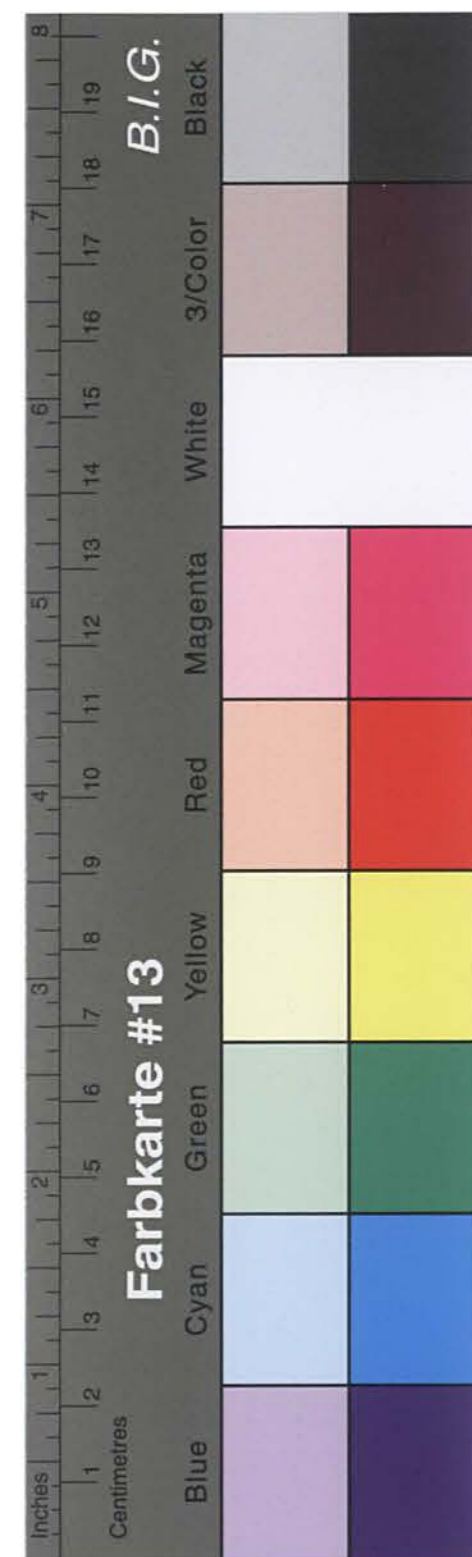


Kreisarchiv Stormarn B2

Kreisarchiv Stormarn

Bestand B 2

770



Kreisarchiv Stormarn B2

1

Nur von der Entschädigungsbehörde auszufüllen:
(Eingangsstempel)

Vor Ausfüllung Merkblatt lesen!
In Maschinen- oder Blockschrift ausfüllen!
Nicht Zutreffendes streichen!

mit Anlagen
Nr.
Empfangsbestätigung erteilt am

Antrag
auf Grund des Bundesergänzungsgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (BEG)
vom 18. 9. 1953 (BGBl. I S. 1387)

I. Anspruchsberechtigte(r)
1. Name: Sommerfeld
Vornamen: Max
Geburtstag und -ort (Kreis, Land): 25.2.1905 in Pr.Stargard Westpreussen
Jetziger Wohnort / Sitz (Kreis, Land): Ahrensburg Krs. Stormarn, Schl.-Holst. Hermann-Lönsstr. 22
(Straße und Haus-Nr.)
Familienstand: ~~Wid.~~ / verh. / ~~XXXXX~~ ~~gesch.~~
Anzahl der Kinder: 1 Alter der Kinder: 13 Jahre
Staatsangehörigkeit: frühere: Deutsch jetzige: Deutsch

2. Beruf: Gärtner
Erlerner Beruf: Gewerkschaftsangehänger
Jetzige berufliche Tätigkeit: Gewerkschaftsangehänger

3. Sind Sie selbst verfolgt worden? ja / ~~nein~~
Wenn ja: Wegen meiner Tätigkeit in der SPD u. im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Wegen Ihrer politischen Ueberzeugung oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?

4. Leiten Sie Ihre Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen ab? nein
Ihr Familien- oder Rechtsverhältnis zum Verfolgten:

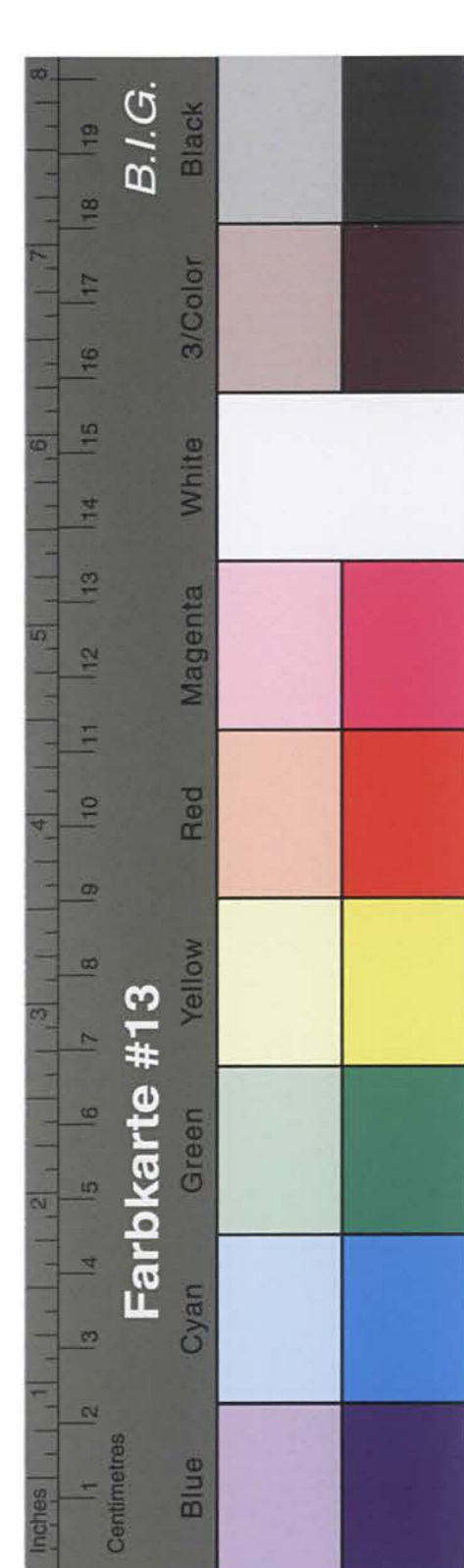
II. Verfolgte(r)
(Nur auszufüllen, wenn Anspruchsberechtigte(r) [s. Abschnitt I, 1] Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen [s. Abschnitt I, 4] ableitet)

1. Name:

Vornamen:
Geburtstag und -ort (Kreis, Land):
Letzter Wohnort / Sitz (Kreis, Land):
(Straße und Haus-Nr.)
gestorben am:
in (Kreis, Land):
Bei juristischen Personen usw. Zeitpunkt der Auflösung:
Staatsangehörigkeit: frühere: letzte:

2. Beruf:
Erlerner Beruf:
Letzte berufliche Tätigkeit:

3. Verfolgt wegen seiner / ihrer politischen Ueberzeugung oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?



Kreisarchiv Stormarn B2

III. Weitere Angaben über die Person des(r) Anspruchsberechtigten und des(r) Verfolgten:

Anspruchsberechtigte(r)	Verfolgte(r) (Nur auszufüllen, wenn auch Abschnitt II ausgefüllt ist)
1. Im Falle einer Mitgliedschaft bei der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen: a) Mitgliedschaft bei der NSDAP: <input checked="" type="checkbox"/> ja / <input checked="" type="checkbox"/> nein von - bis - von - bis -	ja / nein von - bis -
b) Mitgliedschaft bei Gliederungen der NSDAP: Bei welchen? <input checked="" type="checkbox"/> ja / <input checked="" type="checkbox"/> nein von / bis / von - bis -	ja / nein von - bis -
2. Im Falle einer strafgerichtlichen Verurteilung: a) Rechtskräftige Verurteilung nach dem 8. 5. 1945 zu Zuchthausstrafe von mehr als 3 Jahren: <input checked="" type="checkbox"/> ja / <input checked="" type="checkbox"/> nein	ja / nein
b) Rechtskräftige Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte nach dem 8. 5. 1945: <input checked="" type="checkbox"/> ja / <input checked="" type="checkbox"/> nein	ja / nein
3. a) Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) am 1. 1. 1947: Reinfeld, Krs. Stormarn Schleswig-Holstein	
b) Letzter inländischer Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land), wenn vor dem 1. 1. 1947 gestorben, ausgewandert, deportiert oder ausgewiesen: Reinfeld, Krs. Stormarn Schleswig-Holstein	
c) bei Heimkehrern: Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) nach der Heimkehr:	
d) Bei Vertriebenen: Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) nach der Vertreibung:	
e) bei Sowjetzonenflüchtlingen: Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) nach der Flucht:	
f) Bei Aufenthalt in einem DP-Lager am 1. 1. 1947: In welchem Lager (Kreis, Land)?	
Wohin nach dem 31. 12. 1946 ausgewandert?	
Als heimatloser Ausländer in die Zuständigkeit der deutschen Behörden übergegangen? <input checked="" type="checkbox"/> ja / <input checked="" type="checkbox"/> nein	ja / nein
Deutsche Staatsangehörigkeit erworben am:	
4. Nur auszufüllen von Angehörigen der besonderen Verfolgtengruppen und deren Hinterbliebenen: a) Bei Verfolgten aus den Vertreibungsgebieten: Zeitpunkt der Auswanderung aus dem Vertreibungsgebiet: Von wo? Wohin? Im Februar 1945 von Königsberg, Pr. nach Reinfeld, Kr. Stormarn geflüchtet.	
b) Bei Staatenlosen oder politischen Flüchtlingen: Betreuung durch welchen Staat oder / und welche zwischenstaatlichen Organisationen?	
c) Verfolgt aus Gründen der Nationalität? <input checked="" type="checkbox"/> ja / <input checked="" type="checkbox"/> nein	ja / nein

IV. Entschädigungsansprüche werden angemeldet für:

- Schaden an Leben (§§ 14, 15 Abs. 6)
Rente und Kapitalentschädigung als Hinterbliebene(r) eines(r) durch nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen getöteten oder an den Folgen solcher Maßnahmen verstorbenen Verfolgten: ja / nein
- Schaden an Körper und Gesundheit (§ 15)
a) Heilverfahren: ja / nein
b) Rente und Kapitalentschädigung: ja / nein
- Schaden an Freiheit (§ 16)
durch Freiheitsentziehung
in vom bis
in vom bis
in vom bis
in vom bis
insgesamt = volle Monate
- Schaden an Eigentum und Vermögen (§§ 18—24)
a) durch Zerstörung, Verunstaltung, Plünderung, Flucht oder Auswanderung: ja / nein
b) durch Sonderabgaben und Reichsfluchtsteuer: ja / nein
c) durch Geldstrafen, Bußen und Kosten: ja / nein
d) durch sonstige schwere Schädigung: ja / nein
- Schaden im beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen (§§ 25—55)
a) durch Verdrängung aus oder Beschränkung in einer selbständigen Erwerbstätigkeit einschl. land- oder forstwirtschaftlicher oder gewerblicher Tätigkeit: ja / nein
b) in einem privaten Dienst- oder Arbeitsverhältnis durch Entlassung, vorzeitiges Ausscheiden oder Versetzung in eine erheblich geringer entlohnte Stelle: ja / nein
c) durch Ausfall an Bezügen im öffentlichen Dienst für die Zeit vor dem 1. 4. 1950: ja / nein
d) durch Ausschluß von der erstrebten Ausbildung oder durch deren erzwungenen Unterbrechung: ja / nein
- Versicherungsschaden außerhalb der Sozialversicherung (§§ 56—63)
durch Schädigung in einer Lebensversicherung: ja / nein

V. Erklärung über anderweitig gestellte Wiedergutmachungsanträge und über die im Hinblick auf die Verfolgung durch den Nationalsozialismus erhaltenen Leistungen. Reicht der Platz nicht aus, sind entsprechende Ausführungen auf besonderer Anlage zu machen

1. Wurden für die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen wegen der angegebenen Verfolgungsgründe bereits Entschädigungs- oder Schadenersatzansprüche geltend gemacht? ja / nein

Bei welchen Stellen im In- und Ausland (Behörden, Organisationen, Firmen, Privatpersonen)?	Wann?	Aktenzeichen

Sind über diese Anträge bereits Entscheidungen ergangen oder Vergleiche abgeschlossen worden? ja / nein
Von oder vor welcher Stelle? Aktenzeichen?

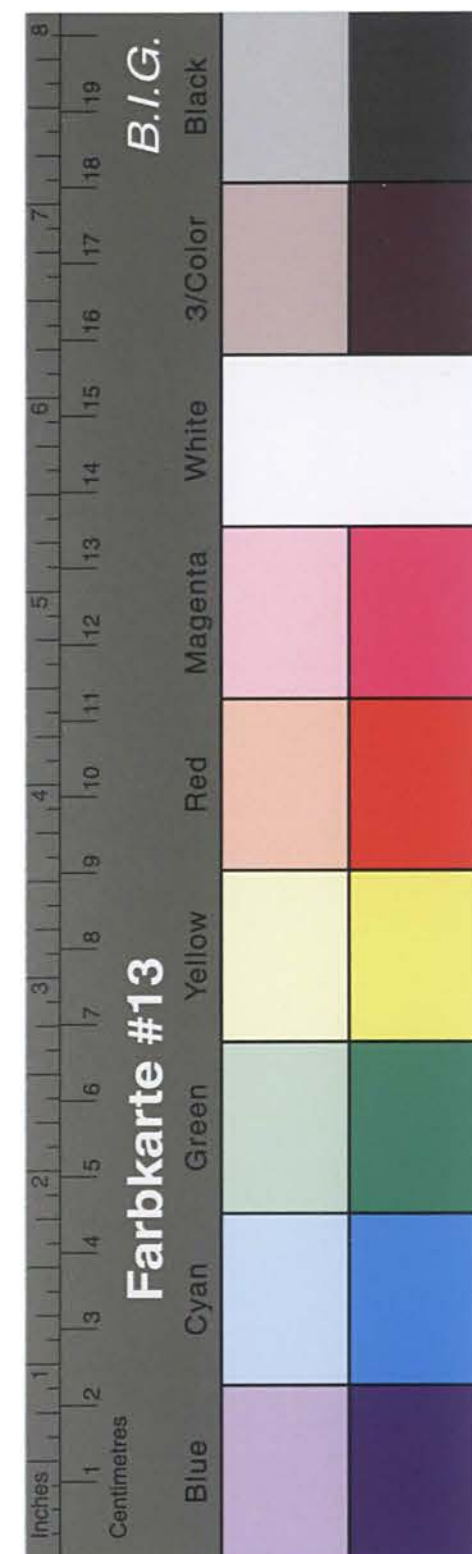
entfällt

Haben die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen im In- und Ausland Geld- oder Sachleistungen von Behörden, Organisationen, Firmen, Privatpersonen erhalten? ja / nein

Art der Leistungen	Von welchen Stellen?	Wann?	RM	DM

2. Wurden für die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen Rückerstattungsansprüche geltend gemacht? ja / nein

Wegen welcher Vermögensgegenstände?	Bei welchen Stellen?	Aktenzeichen:



Kreisarchiv Stormarn B2

- 4 -

Sind über diese Anträge bereits Entscheidungen ergangen oder Vergleiche abgeschlossen worden? ja / nein

Von oder vor welcher Stelle? Aktenzeichen? entfällt

Welche Wiedergutmachungsleistungen (Rechte, Sachwerte, Geld) haben die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen im Rückerstattungsverfahren erhalten?

Art der Leistungen:	Von welchen Stellen...

Sind Ansprüche nach Art. 44 Abs. 3 US-REG bzw. Art. 36 Abs. 3 Br-REG bzw. Art. 37 Abs. 3 Berl-REAO oder in einem Rückerstattungsverfahren nach der VO Nr. 120 der französischen Mil-Reg. an Rückerstattungspllichtige abgetreten worden? ja / nein

VI. Dem Antrag sollen beigelegt werden:

- Eine Schilderung des Verfolgungsvorganges
- Eine Erläuterung der Schadensfälle und der Höhe der erlittenen Schäden sowie Angaben über die Art der beanspruchten Entschädigungsleistungen
- Beweismittel (Originale, beglaubigte Abschriften oder beglaubigte Photokopien)

Zum Beispiel: Aufenthaltsbescheinigungen, Entscheidungen der Entnazifizierungsbehörden, Geburts-, Sterbe- und Heiratsurkunden sowie Erbnachweise (wenn der Anspruchsberechtigte nicht der Verfolgte ist), Nachweis der Eigenschaft als Heimkehrer, Vertriebener, Sowjetzonenflüchtling, heimatloser Ausländer oder politischer Flüchtling, Nachweis der Aufhebung oder Aenderung einer strafgerichtlichen Verurteilung sowie sonstige dem Beweis der Ansprüche dienende Unterlagen.

Folgende Beweismittel

wurden bereits an _____ (Behörde) oder _____ (Gericht) _____ (Aktenzeichen) zu _____ -Verfahren eingereicht.

VII. Ich versichere, daß die vorstehenden und in den beigelegten Anlagen enthaltenen Angaben richtig sind. Mir ist bekannt, daß nach § 2 des Gesetzes der Anspruch auf Entschädigung ganz oder teilweise zu versagen ist, wenn der Anspruchsberechtigte sich, um Entschädigungsleistungen zu erlangen, vor oder nach Inkrafttreten des Gesetzes unlauterer Mittel bedient oder wissentlich oder grobfahrlässig unrichtige oder irreführende Angaben über Grund oder Höhe des Schadens gemacht, veranlaßt oder zugelassen hat.

Nachträgliche Veränderungen, die sich auf diesen Antrag beziehen, werde ich der Entschädigungsbehörde bzw. dem Entschädigungsgericht unverzüglich anzeigen.

Ahrensburg, den 17.9.1954
(Ort) (Datum)

Anna Pommersfeldt
(Unterschrift)

Dem Antrag sind _____ Anlagen beigelegt, und zwar:

- _____
- _____
- _____
- _____
- _____
- _____
- _____
- _____
- _____
- _____

Nachdruck verboten. „Buchkunst“, Berlin W 35

3

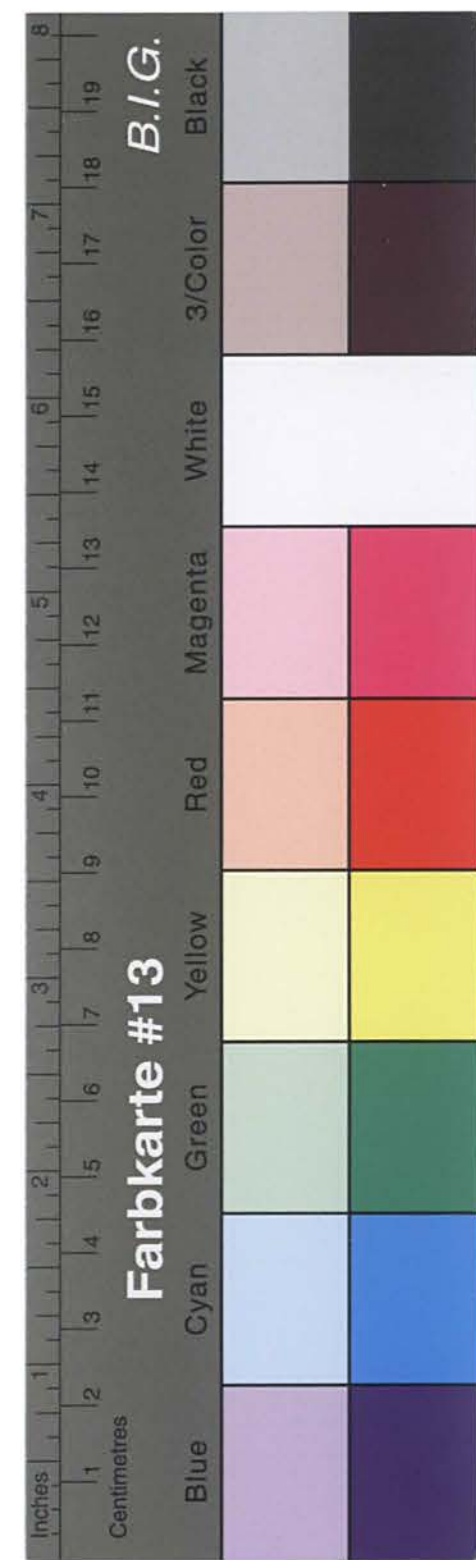
Schilderung der politischen Verfolgung.

Ich war vom 15.3.1929 bis 30.1.1933 in Königsberg, Pr. in der Ortsverwaltung des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs als Gew.Sekretär tätig und wurde am 30.1.1933 in gleicher Eigenschaft zur Ortsverwaltung Lübeck meines Verbandes versetzt. In Königsberg, Pr. war ich bis zu meinem Abgang Vorstandsmitglied im Ortsverein der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und 2. Vorsitzender des Ortsvereins Königsberg, Pr. des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Sowohl in Königsberg, Pr. als auch in Lübeck habe ich mich in Wort und Schrift aktiv neben meiner beruflichen Gewerkschaftsarbeit in den politischen Auseinandersetzungen, zuletzt in der Reichstagswahl im März 1933 als Redner in Wahlversammlungen der SPD, betätigt.

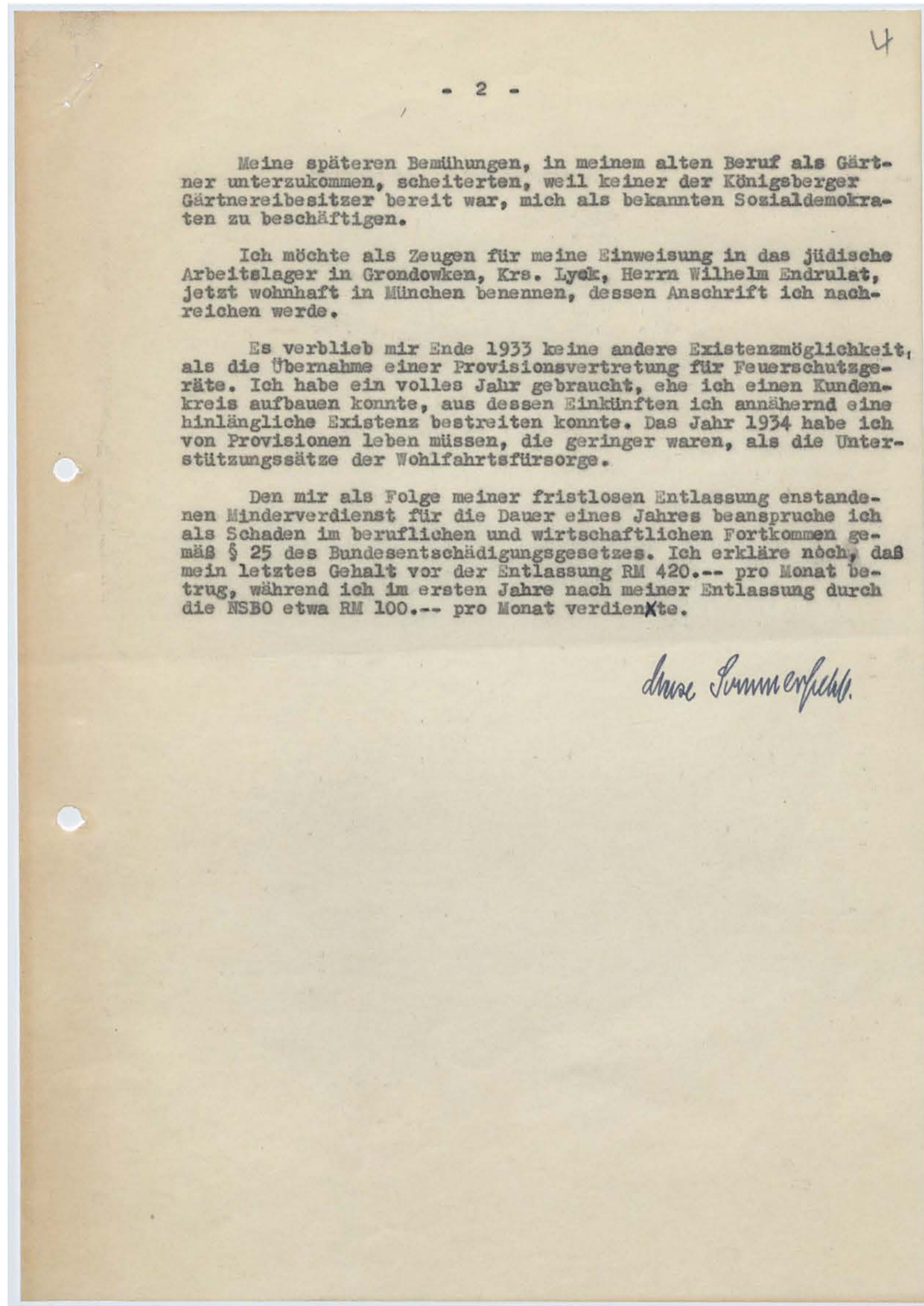
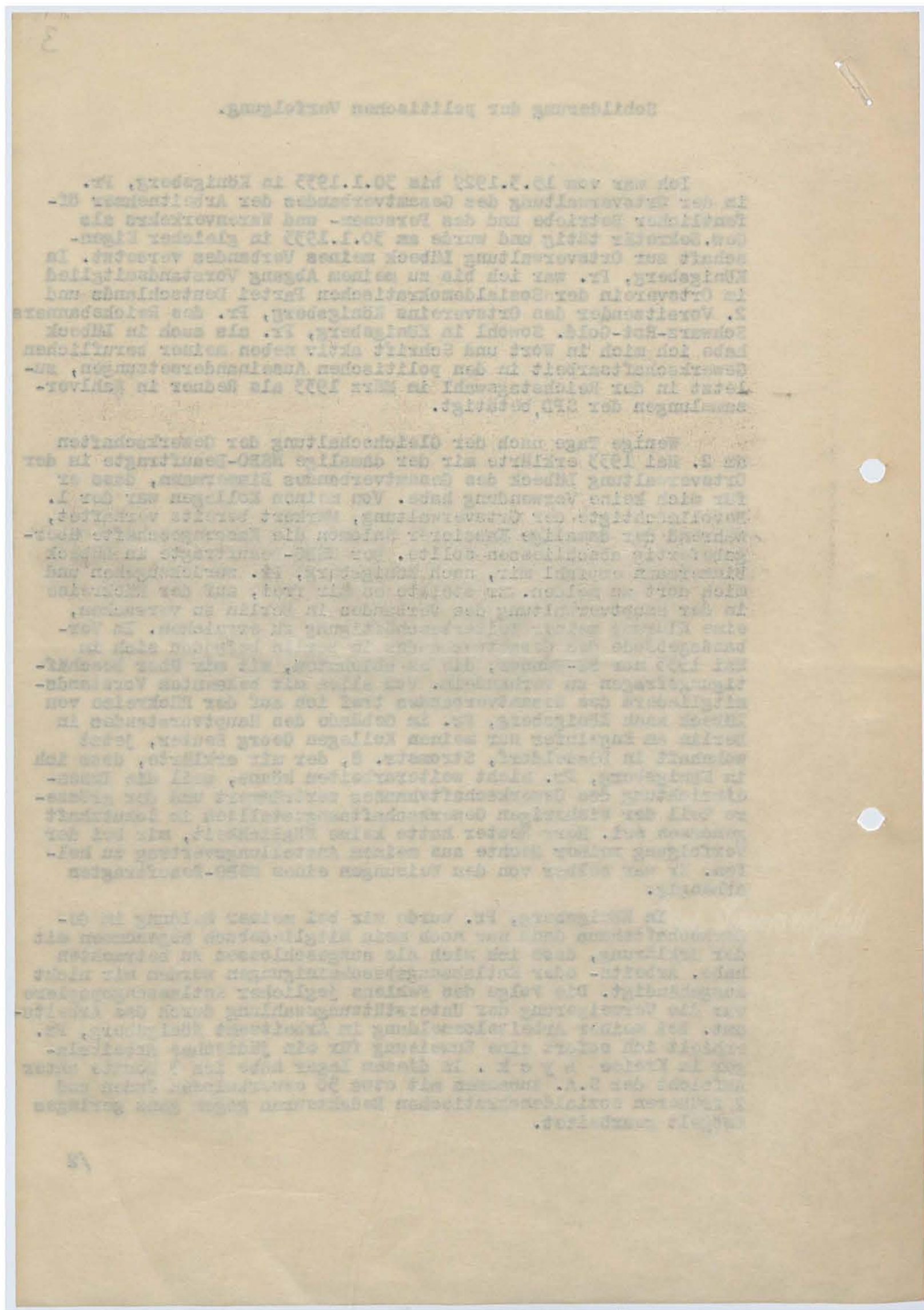
Wenige Tage nach der Gleichschaltung der Gewerkschaften am 2. Mai 1933 erklärte mir der damalige NSBO-Beauftragte in der Ortsverwaltung Lübeck des Gesamtverbandes Bimmermann, dass er für mich keine Verwendung habe. Von meinen Kollegen war der 1. Bevollmächtigte der Ortsverwaltung, Markert bereits verhaftet, während der damalige Kassierer Salomon die Kassengeschäfte Übergabefertig abschliessen sollte. Der NSBO-Beauftragte in Lübeck Bimmermann empfahl mir, nach Königsberg, Pr. zurückzugehen und mich dort zu melden. Er stellte es mir frei, auf der Rückreise in der Hauptverwaltung des Verbandes in Berlin zu versuchen, eine Klärung meiner Weiterbeschäftigung zu erreichen. Im Verbandsgebäude des Gesamtverbandes in Berlin befanden sich im Mai 1933 nur SS-Männer, die es ablehnten, mit mir über Beschäftigungsfragen zu verhandeln. Von allen mir bekannten Vorstandsmitgliedern des Gesamtverbandes traf ich auf der Rückreise von Lübeck nach Königsberg, Pr. im Gebäude des Hauptvorstandes in Berlin am Engelufer nur meinen Kollegen Georg Reuter, jetzt wohnhaft in Düsseldorf, Stromstr. 8, der mir erklärte, dass ich in Königsberg, Pr. nicht weiterarbeiten könne, weil die Inneneinrichtung des Gewerkschaftshauses zertrümmert und der grösste Teil der bisherigen Gewerkschaftsangestellten in Schutzhaft genommen sei. Herr Reuter hatte keine Möglichkeit, mir bei der Verfolgung meiner Rechte aus meinem Anstellungsvertrag zu helfen. Er war selber von den Weisungen eines NSBO-Beauftragten abhängig.

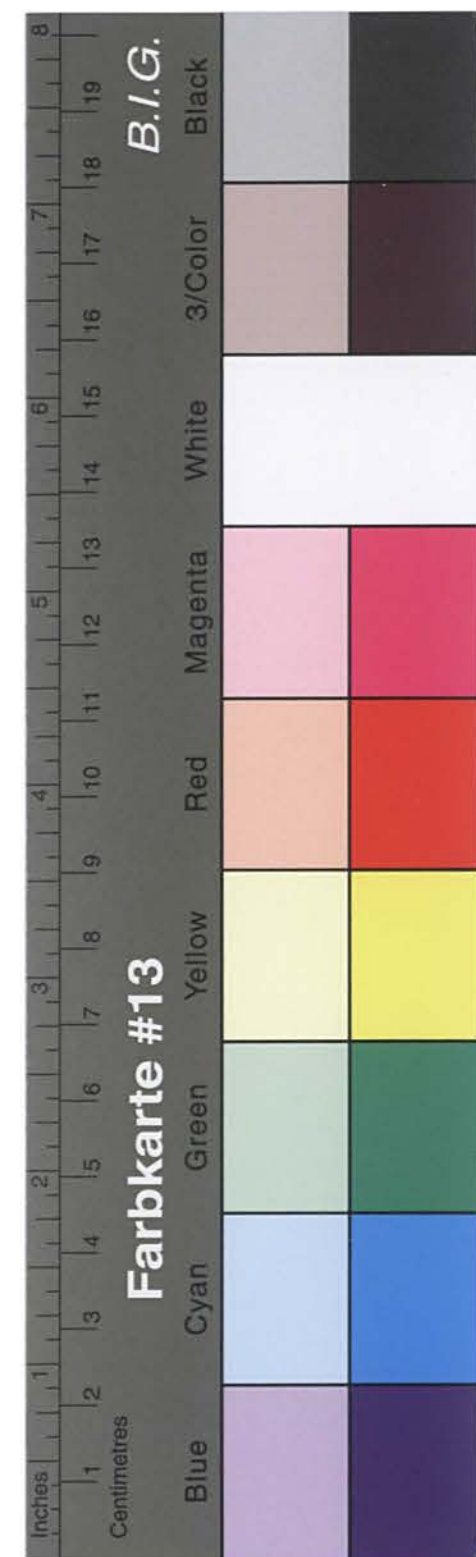
In Königsberg, Pr. wurde mir bei meiner Meldung im Gewerkschaftshaus dann nur noch mein Mitgliedsbuch abgenommen mit der Erklärung, dass ich mich als ausgeschlossen zu betrachten habe. Arbeits- oder Entlassungsbescheinigungen wurden mir nicht ausgehändigt. Die Folge des Fehlens jeglicher Entlassungspapiere war die Verweigerung der Unterstützungszahlung durch das Arbeitsamt. Bei meiner Arbeitslosmeldung im Arbeitsamt Königsberg, Pr. erhielt ich sofort eine Zuweisung für ein jüdisches Arbeitslager im Kreise L y e k . In diesem Lager habe ich 3 Monate unter Aufsicht der S.A. zusammen mit etwa 50 erwerbslosen Juden und 2 früheren sozialdemokratischen Redakteuren gegen ganz geringes Entgelt gearbeitet.

/2

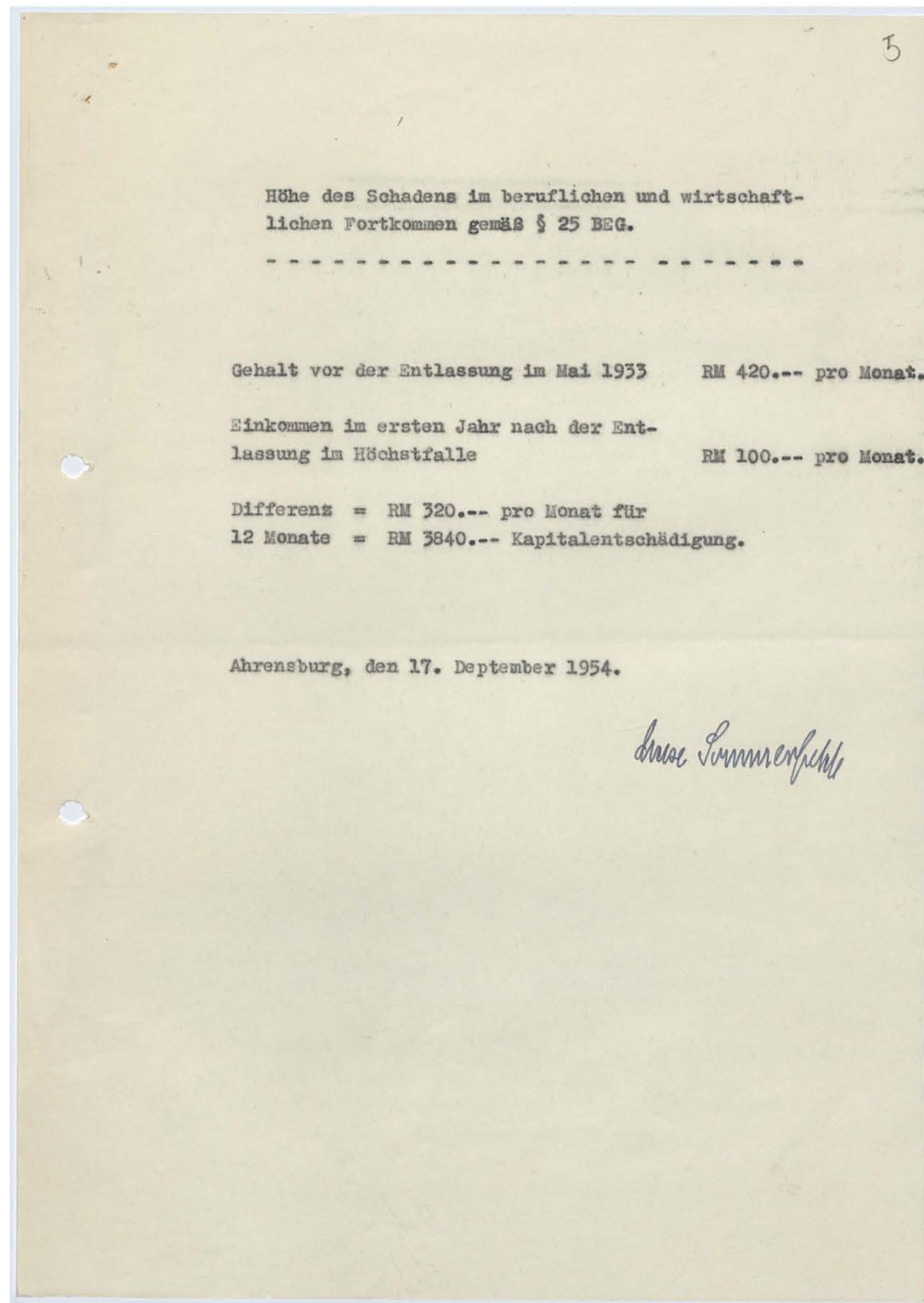
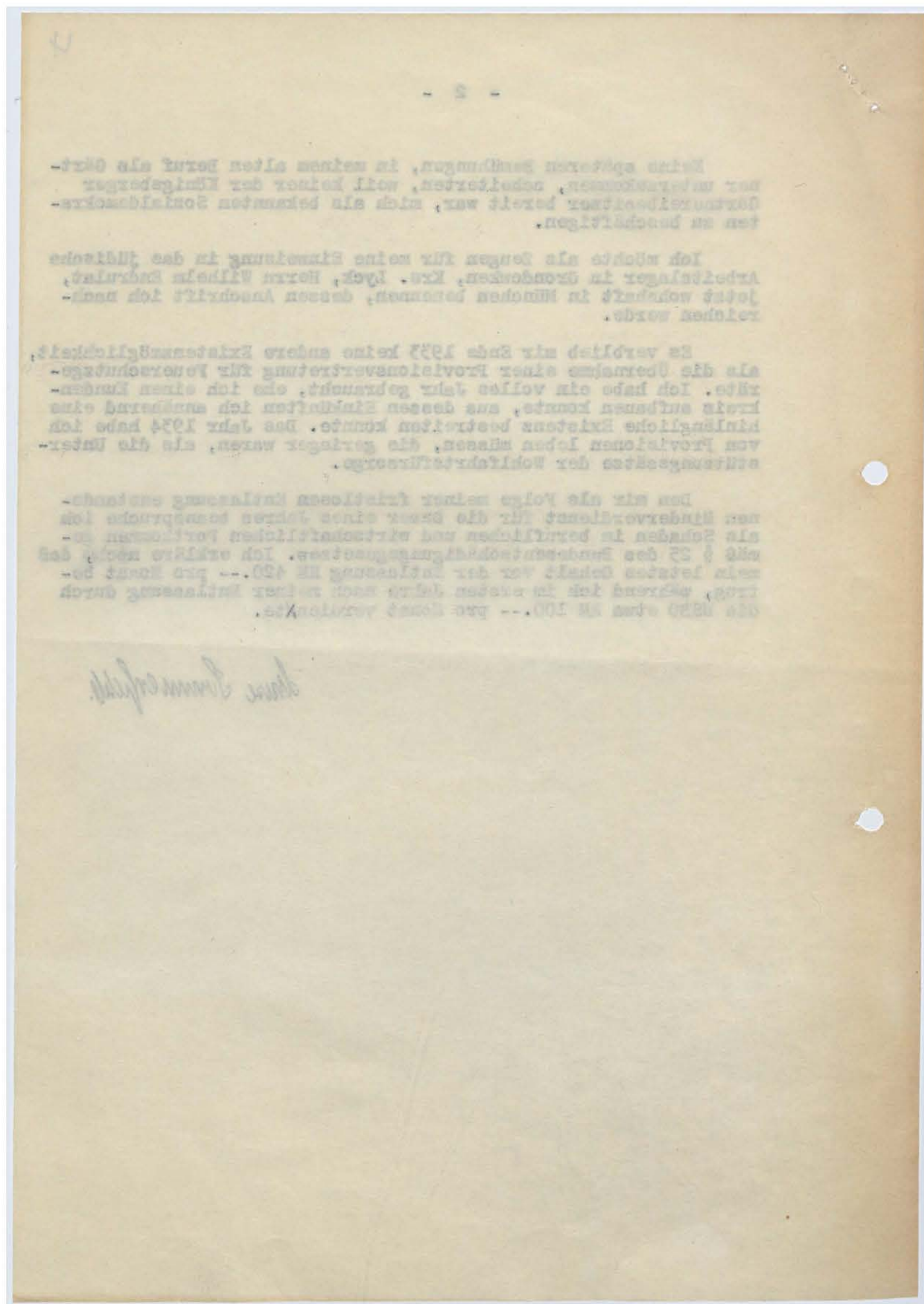


Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



Kreis Stormarn
 Der Kreisausschuß
 Sozial- u. Jugendamt
 - Sonderhilfsausschuß - 4 - 1 / 9 -
 - Sommerfeld -

Bad Oldesloe, den 28. September 1954
 D./Str.

An die
 Stadtverwaltung
 - Einwohnermeldeamt -
 in R e i n f e l d

Stadtverwaltung
 Reinfeld i. Holst.
 Eing.: 4. Okt. 1954
 Amt. Abtg.

In der Wiedergutmachungssache Max S o m m e r f e l d in Ahrensburg
 bitte ich um Erteilung einer Meldebescheinigung in doppelter Ausfertigung, woraus ersichtlich ist, seit wann Sommerfeld in Reinfeld wohnhaft und polizeilich gemeldet war.

Im Auftrage des Landrates:
 (Dabelstein)
 Sachbearbeiter

Im Auftrage des Landrates:

In der Wiedergutmachungssache Max Sommerfeld in Ahrensburg
 bitte ich um Erteilung einer Meldebescheinigung in doppelter Ausfertigung, woraus ersichtlich ist, seit wann Sommerfeld in Reinfeld wohnhaft und polizeilich gemeldet war.

in R e i n f e l d
 - Einwohnermeldeamt -
 in die

D./Str.
 Bad Oldesloe, den 28. September 1954

Kreisarchiv Stormarn B2



Kreisarchiv Stormarn B2



gebührenfrei)

8 Aufenthaltsbescheinigung

Der Max Sommerfeld
(Vor- und Zuname)

(Beruf) Angestellter geboren am 25. 2. 05

zu Dr. Stargard, ist vom 7. 3. 19 45
(Ort, Kreis, falls Ausland auch Staat)

bis zum 1. 11. 19 51 in Reinfeld, Stormarn
(Ort, Kreis)

polizeilich gemeldet gewesen.

Reinfeld i/H., am 5. Oktob. 19 54

Einwohnermeldeamt
(Bezeichnung der polizeilichen Meldebehörde)

Unterschrift: Ohm

STADT REINFELD, HOLSTEIN
(Stempel)

1. A.

unter Befreiung der gewünschten Meldebestimmungen zurückgeleitet.

Urschriftlich

Der Bürgermeister als
Ordnungsbehörde

Stadtverwaltung

Gesundheitsamt
des Kreises Stormarn

Reinfeld, d. 5. 10. 1954

Kreisarchiv Stormarn
- 6. OKT 1954
Am 19. 10. 1954

4-1/9

5

14. Oktober 1954

Kreisentschädigungsamt
4-1/9 - Sommerfeld -

D./Str.

An das
Landesentschädigungsamt
Schleswig - Holstein
in K i e l

In der Wiedergutmachungssache Max S o m m e r f e l d in Ahrensburg
Aktz.: ?

Überreiche ich anlegend den Wiedergutmachungsantrag nach dem BEG. mit
der Bitte um die dortige Entscheidung.

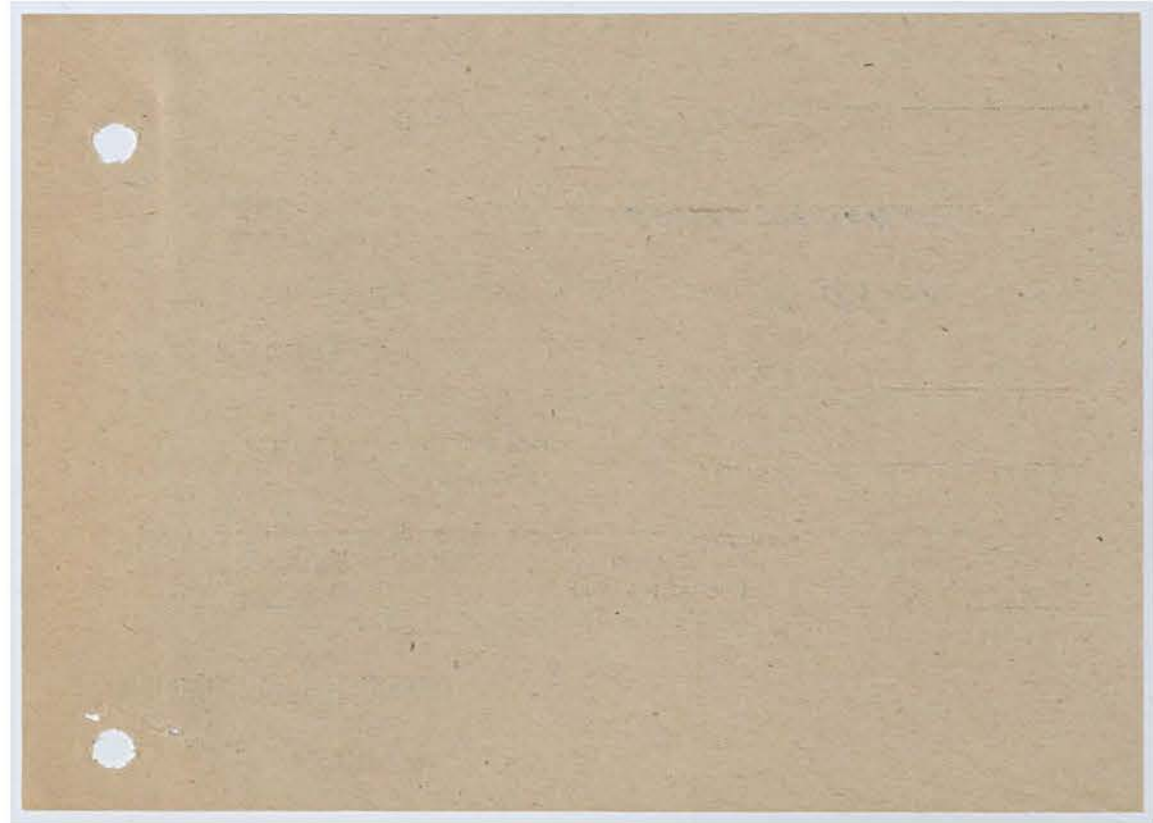
44.

Im Auftrage:

[Handwritten initials]

[Handwritten initials]

[Handwritten initials]



Kreisarchiv Stormarn B2



10

16. Dezember 1954.

Kreisentschädigungsamt
4-1/9 Sommerfeld -D./-

An das
Landesentschädigungsamt
Schleswig-Holstein,
K i e l .

f. 27/12. U

In der Wiedergutmachungssache Max Sommerfeld
in Ahrensburg -Aktenzeichen: ? -

nehme ich Bezug auf den von mir am 14. Oktober 1954 überreichten Wieder-
machungsantrag und bitte, Herrn Sommerfeld den Eingang zu bestätigen.

gllg. Im Auftrage:
[Signature]

Im Auftrage:

[Signature]

der Bitte um die vorstige Unterscheidung.
Prezedenz für Anträge der Wiedergutmachungsamt nach dem Weg. mit

Akt.: 3

In der Wiedergutmachungssache Max Sommerfeld in Ahrensburg

in Kiel
Schleswig - Holstein
Landesentschädigungsamt
An das

D. 27. 12.

4-1/9 - Sommerfeld -
Kreisentschädigungsamt

14. Oktober 1954

2

Kreisarchiv Stormarn B2



